

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

74 (15.9.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 74.

Karlsruhe, Mittwoch den 15. September 1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestelt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Ankündigung.

Mit dem 1. October beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die Rundschau. Sämmtliche Postämter nehmen Bestellungen an; das Blatt kostet vom 1. October bis 31. December, durch die Post oder den Buchhandel bezogen, 42 Kreuzer. — In Karlsruhe bestellt man bei Malsch und Vogel, Adlerstraße Nr. 19; für Heidelberg kann die Rundschau durch Fr. Fabel, für Mannheim durch H. Hoff bezogen werden.

Die Siebnercommission hat ihren Bericht und Antrag an die Tagsatzung gebracht. Gestützt auf aktentmäßige Thatfachen weist sie nach, daß Luzern und die übrigen Kantone nicht nur keine Bereitwilligkeit zeigen, sich den Tagsatzungsbeschlüssen zu unterziehen, sondern durch fortgesetzte Rüstungen denselben geradezu entgegen handeln. Bei Erwägung der Frage, was nun weiters zu thun sei, gieng die Kommission von der Ueberzeugung aus, daß die Eidgenossenschaft sich nicht mit so bedeutenden Fragen befaßt habe, ohne den Willen, sie einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen. Da aber mehrere Stände noch keine Instruktionen hinsichtlich des Vollzugs der gefaßten Beschlüsse ertheilt haben, so ist die Kommission der Ansicht, daß es jetzt nicht an der Zeit wäre, über die Vollzugsmaßregeln zu beschließen, daß aber auch die Tagsatzung sich nicht auflösen dürfe, sondern sich vertagen müsse, damit die Stände die Lage des Vaterlandes ernstlich in Betracht ziehen und den Gesandten angemessene Weisungen ertheilen können, um den gefaßten Beschlüssen die nothwendige Nachsicht zu verschaffen. Endlich erscheint es der Kommission angemessen, die Vertagung nicht auf unbestimmte Zeit eintreten zu lassen, sondern einen bestimmten Termin festzusetzen, innerhalb dessen die erforderlichen Berathungen stattfinden können. Ihr Antrag geht dahin: „die ordentliche Tagsatzung des Jahres 1847 möge ihre Vertagung auf den 18. October 1847 aussprechen, um dann zumal die weiteren Maßregeln zur Vollziehung der oben erwähnten Beschlüsse zu berathen, in der Erwartung, daß diejenigen hohen Stände, deren Instruktionen zu dem von ihnen beabsichtigten Zwecke nicht genügten, dieselben auf angemessene Weise vervollständigen werden.“ Dieser Antrag, welchen die Tagsatzung am 9. September zum Beschluß erhob, erscheint ganz angemessen, da die Erledigung der Sonderbundsfrage, nicht ins Ungewisse verschoben, sondern in einer verhältnismäßigen kurzen Zeit beschlossen wird, zu einer Zeit, wo die friedlichen Feldarbeiten vollendet sind und der Landmann dem kriegerischen Felddienste, wenn er dazu berufen werden muß, williger folgt. Das Vertrauen, die Tagsatzung werde ihren Auflösungsbeschuß gegen den Sonderbund in einer ehrenhaften und dem Ansehen der

Eidgenossenschaft zuträglichen Weise vollziehen, hat durch die Nachricht neue Stärkung gewonnen, daß der St. Galler Fels nicht mehr wankt, daß Weder zur Bestimmung gekommen und die Stimme St. Gallens der Mehrheit der Kantone und der Bevölkerung nicht fehlen werde. Möchte die Kunde von der Einigkeit der Liberalen in St. Gallen sich bald bestätigen und durch die That bewahrheiten.

Während der Antrag im Großen Rathe zu Luzern, aus dem Sonderbunde zu treten, wenn auch nur von Wenigen unterstützt, doch außerhalb des Rathsaales großen Anklang findet, geht ein Blatt im Kanton Zug, der „freie Schweizer“, den Führern der Jesuitenpartei auf einer Seite zu Leib, wo sie leicht verwundbar sind, und sich weder durch Schwänze, noch durch Landsturm vertheidigen können. Dieses Blatt eines Sonderbunds Kantones zeigt nämlich, wie die gegenwärtigen Machthaber, während sie die Blicke des Volkes nach Außen lenken, und durch das Blendwerk der Religionsgefahr umnebeln, die innere Verwaltung vernachlässigen und sich auf Kosten des getäuschten und leidenden Volkes bereichern. „Die Einkünfte des Staats“ — sagt der freie Schweizer — „des Landes Marktsäfte, zersplittern sich in eine Unmasse kleiner Kassen, über die der Eigennuß jeweiliger Inhaber keine Kontrolle aufkommen läßt. Die Gemeindegüter werden aus Mangel zweckmäßiger oder eifriger Obforge verschleudert; das Volk, auf eine klägliche Existenz ohnehin beschränkt, verarmt immer mehr, und in dieser ökonomischen Bedrängtheit schwindet ihm die physische und moralische Kraft. Gegen jede einfache, noch so unschuldige Veränderung ganz heruntergekommener Zustände wird sich gestemmt, aus bloßer Furcht, das neues Leben und frischer Geist, oder doch ein Verlangen darnach mit dem erwachenden Verstande angefaßt werden könnte. Das traurigste dabei ist, daß das Volk bei dieser geistigen Versunkenheit seine eigenen Vortheile mißkennt, der wachenden Noth müßig zuschaut und oft mit eigensinniger Hartnäckigkeit sich einen Zustand aufschwagen läßt, der nichts weniger als sein Glück fördert. So weit ist es gekommen, daß eine Gesellschaft schlauer Männer sich die Zeit zu herrschsüchtigen Zwecken zu Ruß gemacht hat, um alle Macht des Volkswillens auf

sich zu konzentriren, und keine Zeit ihr verderbliches Werk mehr zu zerstören vermag, wenn nicht der Lenker der Völkerschicksale unter die Baumeister dieser geistigen Zwingsburg Bewirkung, oder edelmüthige Schweizerbrüder über sie Bestürzung bringen.“ — So bricht in der Presse des Sonderbundsgebietes das Verlangen durch, daß die Tagsatzung die Jesuiten, welche das arme Volk ausfaugen, vertreiben möge.

— Bevor sich die Tagsatzung trennte, wurden noch die Stellen im Kriegsrathe, welche durch das Ausscheiden der Sonderbündler leer geworden, mit treuen Eidgenossen besetzt, nämlich: Frei-Herose von Narau, Killiet-Constant von Genf und Oberst Luvini aus Tessin. Als Suppleanten wurden Oberst Omür von St. Gallen und Egloff von Aargau gewählt; zum Kommandanten der Militärschule wurde Oberst Konrad von Drelli von Zürich ernannt. Am Schlusse der Sitzung vom 9. September sprach der Präsident den Wunsch aus, daß die Geschäfte, welche nun ihre rechtliche Erledigung gefunden haben, bald auch ihre thatsächliche Erledigung finden möchten. Er dankte für die ihm bewiesene Rücksicht, erklärte die Tagsatzung für vertagt bis 18. Oktober und wünschte den Gesandten eine glückliche Heimkehr. — Herr Müttiemann von Zürich erwiderte: wenn auch die Geschäfte zum Theil sehr aufregender Natur gewesen, so seien doch die Verhandlungen mit Ruhe und Würde geführt worden. Dies sei wesentlich dem wohlthätigen Einwirken des Präsidenten zu verdanken, dessen wohlwollende Gesinnung und klare Einsicht sich fort und fort zu erkennen gegeben habe, wofür er demselben seinen aufrichtigen Dank ausspreche. In feierlicher Stimmung giengen die Gesandten auseinander.

Vom Rhein, 8. September. Unlängst klagte ein Schreiben aus Konstanz in der Oberrheinischen Zeitung, daß die Herren Minister auf ihrer Rundreise den Seckreis nicht besucht hätten; man habe auch dort allerlei auf dem Herzen, was man ihnen gern mitgetheilt hätte. Vom Wiesenthal oder Waldshut aus wäre der Weg nicht mehr gar weit gewesen, der Seckreis glaubt sich ohnehin in mancher Beziehung benachtheiligt. Der Umstand, daß der H. Präsident des Ministeriums des Innern dort lange gelebt und einen Bezirk des Seckreises in der Kammer vertreten, schien noch einen weiteren Anspruch auf Berücksichtigung zu geben. Auf der anderen Seite konnte man sagen: eben weil H. Vell die Verhältnisse des Seckreises schon kennt, brauchte er nicht hinzureisen, um sich darüber zu unterrichten. Diesen Grund wollen aber nur Wenige gelten lassen; die Meisten sagen, wenn bei uns da oben eine Wahl in die Kammer vorzunehmen wäre, so würden uns die Herren Minister die Ehre ihres Besuchs schon gegönnt haben; weil wir aber diesmal nicht zu wählen haben, so wollten sie sich auch die Ehren nicht vollschwächen lassen mit unseren Anliegen, besonders wegen der Eisenbahn an den Bodensee, wofür wir zwar ein Gesetz haben, aber kein Geld. Alles regt sich, Gemeinden und Einzelne erbieten sich zu Beiträgen, aber es reicht nicht und die Regierung ist trumm, wie ein Fisch. Den Lörrachern, — sagt man weiter, — ist wenigstens Hoffnung gemacht, daß sie die Eisenbahn bekommen, nachdem ihnen das Bezirksstrafgericht, welches ihnen gehört hätte, nicht gegeben worden ist. Die Basler sind so zäh, wie Leder in den Unterhandlungen,

und nun ist angeordnet, die Bahn von Sfringen nach Weil zu führen, dort den Bahnhof zu bauen und zwar so, daß er auch für die Fortsetzung nach Lörrach paßt. Dies war der Wunsch beider Kammern, aber wer weiß, ob er erhört worden wäre, wenn die Lörracher nicht zufällig einen Deputirten zu wählen hätten. In Basel haben sie noch keinen rechten Glauben an das Lörracher Projekt; sie erinnern sich, daß die Herren in Karlsruhe die aufgefundenene Zugrichtung in das obere Rheinthal, um mit Umgehung von Basel den Zürichern entgegen zu kommen, nur als Schreckschuß benutzen wollten, an die Ausführung aber im Ernst nicht dachten; jetzt, da das nämliche Mittel, welches bisher nicht gesuchet, noch einmal gebraucht werden soll, fürchten sie sich in Basel noch weniger und meinen nach der Lörracher Wahl werde man ihnen schon wieder gute Worte geben. Die Züricher haben von ihrer Concession, von Waldshut nach Basel zu bauen, noch keinen Gebrauch gemacht; sie warten auch mit dem Bau auf der schweizer Seite auf bessere Zeiten und die Waldshuter können sich's nun überlegen, ob sie nicht, statt in das Züribods Horn zu blasen, besser gethan hätten, mit denen zu halten, welche die Fortsetzung der Landesbahn bis Waldshut verlangten. — Sieht es mit den Eisenbahnen oben scheu aus, so ist unten auch nicht Alles im Reinen. Der Anschluß an Württemberg kann nicht mehr lange verschoben werden. Es handelt sich um die Verbindung zwischen Paris-Wien, Triest-Ostende, um den Antheil Badens daran, oder um die Ableitung des Verkehrs zur Rechten und zur Linken. Oestreich, Bayern und Württemberg stehen über den Anschluß ihrer Bahnen in Unterhandlungen und nahe am Ziele. Wie lange wird sich Baden noch sträuben können, sich mit Württemberg zu einigen? Dieses will die leichteste und kürzeste Verbindung über Bruchsal und Bretten; Baden will über Pforzheim anschließen. Für die erste Richtung sind die Mittel bereit, ein Gesuch um Concession ist früher abgeschlagen worden. Warum sollte man nicht beide Linien concessioniren, und wie läßt es sich rechtfertigen, wenn ein Gesuch verweigert wird, dem die wichtigsten Interessen zur Seite stehen? Es ist ein ärgerliches Ding, daß man jetzt von England über Berlin und Breslau schneller nach Wien kommt, als auf dem geraden Wege durch Süddeutschland. — So steht es mit den Eisenbahnen. Ueber den Endpunkt der Landesbahn kein Uebereinkommen mit Basel und keine Entschlossenheit, sich von Basel zu emanzipiren; die Züricher Concession unvollzogen; die Fortführung an den See im weiten Felde; der Anschluß an Württemberg verzögert und bis jetzt kein Zeichen einer befriedigenden Lösung. Aber es giebt noch viele andere Angelegenheiten, für welche etwas geschehen sollte. Die Presse harret auf die Befreiung von der Censur; nach den neuesten Nachrichten aus Frankfurt kann sie noch lange warten, aber den Trost haben wir, daß es nicht schlimmer werden soll, als es bisher gewesen, daß nämlich Alles beim Alten bleiben soll. Wird man aber in Baden zum Alten, d. h. zum Preßgesetze von 1831 zurückkehren? — Dazu bedürfte es starker Beweggründe, deren Erscheinen nicht unmöglich ist. — Die Deutschkatholiken verlangen freie Ausübung ihres Gottesdienstes, welche in der Verfassungsurkunde jedem Einwohner zugesichert ist, und ungeschmälerter Genuss ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Ist ihnen die Glaubensfreiheit dadurch gesichert, daß sie in Stodach Eintrittskarten an Nichtmitglieder ausgeben, in Mannheim bei ihren Privatverhandlungen und Anzeigen sich ihres wahren Namens

bedienen, bei Eingaben an die Behörden dagegen denselben höchstens in Klammer der gebotenen Benennung „Anhänger des Leipziger Glaubensbekenntnisses“ beisehen dürfen? — Aber die Israeliten werden endlich Gerechtigkeit erlangen, denn zwei der ausgezeichnetsten Wortführer der Emanzipation, die Hrn. Bekk und Tresurt sind jetzt in der Lage, die Maßregel durchzuführen, für welche sie in der Kammer so ritterlich gekämpft haben. Werden sie es thun, oder werden sie auch hier vor den Schwierigkeiten weichen, welche dem Regierungsauge immer größer und näher erscheinen, als dem beschränkten Unterthanenverstande? Wir könnten noch lange fortfahren mit dem Verzeichniß ungelöster Fragen, die vergebens auf eine thatsächliche Antwort warten, wir werden aber in den folgenden Blättern Gelegenheit haben, zu zeigen, wie vom Volke, aus der Mitte der Bürger, die Gegenstände angeregt werden, die als besonders wichtig für das geistige und materielle Leben erscheinen.

Wenn in mehreren Blättern die Erwartung ausgesprochen wurde, daß auf die bevorstehenden Wahlen von Seiten der Beamten nicht werde eingewirkt werden, so bestätigt sich dies leider nicht. Es scheint auch hier Alles beim Alten zu bleiben. Wir wollen zum Schluß ein Beispiel anführen. — Der Gemeinderath eines Städtchens auf dem Walde hatte letzten Winter die Bitte an die Regierung gestellt, es möchte die Verlegung der Strafe über einen nahen Berg in diesem Frühjahr angeordnet werden, damit die armen Bewohner der Stadt Arbeit und Verdienst erhielten, woran es in der theuern Zeit fehlte. Das Frühjahr verfließ, ohne daß eine Antwort erfolgt wäre. Unlängst aber — am 27. August — kam der Herr Oberamtmann in das Städtchen und eröffnete dem Gemeinderathe: daß die Regierung dem Gesuche um Verlegung der Strafe nicht entsprechen könne. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Herr Oberamtmann: Die unteren Behörden sollten immer nach dem Willen der oberen handeln, dann gingen solche Gesuche besser durch. Die Wahlmännerwahl stehe bevor, und er wolle sehen, wie gewählt werde; er habe zwar gegen die früheren Wahlmänner nichts einzuwenden, dennoch sollte der Gemeinderath mit besserem Beispiele als bisher vorgehen. — Ist dies deutlich? —

Mannheim, 13. September. Die Wahl eines Ausschusses von vierzig Mitgliedern der evangelischen Gemeinde, welche aus drei von der Staatsbehörde vorzuschlagenden Bewerbern einen Pfarrer zu ernennen haben wird, hat große Theilnahme erweckt. Zuerst trat die Partei, welche sich die Kirchliche nennt, mit einem Vorschlage von zehn Ausschussmännern für das erste Stadtviertel in den hiesigen Blättern auf; diesem folgte am andern Tage ein Gegenvorschlag, an sämmtliche Gemeindeglieder, oder, nach einer andern Wendung, an Diejenigen, welche wünschen, daß die Kirchen zahlreicher besucht werden möchten. Heute messen sich die beiden Richtungen bei der Wahl im ersten Viertel und ich glaube mit Wahrscheinlichkeit voraussagen zu können, daß hier, wie bei dem Endergebnis, die Kirchlichen, oder, wie man sie gewöhnlich nennt, die Pietisten, unterliegen werden. Ihre Gegner stehen nicht außerhalb der Kirche, wenn schon außerhalb des Missionsvereins und der Konventikel. Die Ausschussversammlung zur Verathung über eine bessere Organisation des städtischen Schulwesens ist auf Mon-

tag, 20. September, zusammen berufen; zugleich wird ein Antrag zur Verathung kommen, das erneuerte Concessionsgesuch der Handelskammer zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Bruchsal über Bretten nach der württembergischen Grenze im Namen der Stadtgemeinde bei der Großhzgl. Regierung zu unterstützen. Die Begründung beider Anträge, die in starker Auflage gedruckt wurde, dürfte auch außerhalb des Reichbildes der Stadt Leser finden, da sie Gegenstände von hohem und allgemeinem Interesse behandelt. Jedenfalls wird die Versammlung von Mitgliedern und Zuhörern zahlreich besucht werden; die Verathungsgegenstände bilden jetzt schon den Hauptstoff der Tagsgespräche.

Die aus Frankfurter Blättern in alle Zeitungen, auch in die Karlsruher, übergegangene Nachricht, daß die Sache der in Frankenthal verhafteten Frau Cohen gut stehe, daß sie als nicht theilhaft bei einer Vertheilung von Flugschriften erscheine und von der Rathskammer wohl bald auf freien Fuß gesetzt werde, kommt dem hiesigen Morgenblatt ungelogen. Seine Freude war so groß; es hatte die Angeklagten bereits zum Tode verurtheilt, oder doch zu langwieriger Zuchthausstrafe; im schlimmsten Falle, wenn sich gar nichts beweisen lasse, hatte es auf lange Untersuchungshaft gerechnet. Unserer Andeutung über die sittliche Beschaffenheit solcher edeln Herzen begegnet das Morgenblatt mit der Beschuldigung, wir hätten die Verbreitung verbrecherischer Flugschriften für moralisch ausgegeben, und mit der zarten Andeutung, wir gehörten zu den Urhebern des Verbrechens. Das ist die Art und Weise, wie diese Herren ihre voreiligen Blut- und Kerkerurtheile, die übereilte Enthüllung ihres inneren Menschen, zuzudecken hoffen. Freilich ist es nicht der Mantel der christlichen Liebe. Wir würden uns mit dem unbezwinglichen Widerwillen, den dieses garstige Mosstellen sittlicher Versunkenheit einflößt, davon abwenden, wenn nicht der Umstand, daß es gerade die Herren Comittenten der Bürger im engeren Sinne, daß es Leute sind, die hier eine gewisse Stellung haben und auf Bildung Anspruch machen, uns veranlasse, noch einen Augenblick dabei zu verweilen. Als Beleg für ihre Bildung stehe hier der Schlusssatz ihrer neuesten Ergießung. Er lautet:

„Lieber Mörder des Morgenblattes ereifere dich nicht so, sonst merkt man ja, daß Du mehr denn unparteiischer Zuschauer bist. Bedenke auch, daß Du es nicht immer und überall mit Philistern zu thun hast. Bange machen gilt nicht.“ —

Dieser schöne Brief — sein Styl erinnert uns lebhaft an einen andern, der vor Jahr und Tag von einer Stadt am Bodensee an durch das ganze Land hinab Aufsehen erregte — zeigt den Bürgern im engeren Sinne, in welcher Achtung sie bei ihren hohen „Comittenten“ stehen. Philister werden sie geheißt, weil sie ihre Sache im Badischen Hofe am 1. September nicht so durchzuführen konnten, wie es die Herren Comittenten wünschten. Nun treten diese selbst im Morgenblatt auf, und zeigen, was sie schon oft gezeigt, — wie man es anfangen muß, um sich recht verächtlich zu machen. Das gelingt ihnen trefflich; die Bürger im engeren Sinne bleiben doch immer nur Bürger, d. h. Stümper im Vergleich zu ihren unsichtbaren Leibhämmeln, spanischen Inquisitoren und unverzagten Briefschreibern.

Verschiedenes.

— In Kopenhagen nehmen die Feuersbrünste überhand; sie gelten als Speculation, um die Versicherungsanstalten zu betrügen; in den Zeitungen wird der Vorschlag gemacht, sämtliche Gebäude neu abzuschätzen und die Versicherungssumme unter dem Werthe festzusetzen.

— Der Aufwand der Stadt Frankfurt zur Linderung der Noth während der Theurungszeit soll sich auf 130,000 fl. belaufen. Neuntausend Malter russisches Getreide, welche für Rechnung der Stadt angekauft waren, langten zu Antwerpen an, als die Preise schon bedeutend gefallen waren; sie wurden daher dort mit einem Verluste von 14,000 fl. verkauft. Hätte man sie nach Frankfurt kommen lassen, so würde der Verlust 81,000 fl. betragen haben.

— Die Deutsche Zeitung, welche bisher in Oesterreich nicht erlaubt war, ist dort verboten worden, angeblich wegen ihrer „eigentlich antideutschen Tendenz“. Sie ist nämlich mit der Politik des Fürsten Metternich nicht ganz einverstanden.

— Die Pariser hohe Gesellschaft hat seit der Mordgeschichte des Herzogs von Praslin schon wieder zwei neue Scandäler geliefert. Graf Alfred von Montesquieu, ein älterer Mann und Vater von 8 Kindern hatte, zur Bezahlung einer Spielschuld von 150,000 Franken, falsche Wechsel gemacht; vor der Einlösung wurde dies entdeckt und der Unglückliche erstach sich. — Der Prinz von Schmühl, Sohn des Marschalls Davoust, Pair von Frankreich, hat seine Maitresse ermordet und ist nach England entflohen; der Vorfall ereignete sich schon vor mehreren Wochen, wurde aber geheim gehalten.

— Aus dem Grh. Hessen wird über Mangel an Theilnahme der Bürger bei den Wahlen geklagt. In Bingen stimmten bei der Wahl der Bevollmächtigten von 1000 Bürgern nur 324. Da nun zwei Drittheile gestimmt haben müssen, widrigenfalls es angesehen wird, als verzichte die Stadt auf die Wahl, so würde Bingen ohne Vertretung auf dem nächsten Landtage geblieben sein, wenn nicht der Bürgermeister die Wahlzeit um zwei Tage verlängert und alle Bürger nochmals dringend zur Theilnahme aufgefordert hätte. Aehnlich verhält es sich in Gießen, wo die Urwähler zu Hause bleiben und sagen: es hilft doch nichts.

— Die Gefängnisse reichen in Preußen nicht mehr aus für die Menge der Gefangenen. Es sollen daher am 15. Oktober viele Begnadigungen eintreten, besonders unter denen, welche im letzten Winter aus Noth Vergehen begingen und solchen, die schon über die Hälfte ihrer Strafzeit abgedüßt haben. Was sollen aber die armen Leute anfangen, wenn sie in Freiheit gesetzt sind?

— Der König von Preußen ist auf einer großen Reise begriffen. Von Jchl ist derselbe nach Wien gereist und wird auf der Rückkehr über München die Rheinprovinz besuchen, wo er die zweite Hälfte des Monats September verweilen soll. — Der König und die Königin von Sachsen haben eine Rundreise durch das Land gemacht und auch die Stadt Leipzig besucht, welche seit den unglücklichen Ereignissen im August 1845 gemieden worden war. — Der Kurprinz von Hessen hat nach seiner Rückkehr von der Reise den Minister Koch entlassen, von dem das Land Gutes hoffte; er zieht sich ohne Pension aus dem Staatsdienste zurück.

— Der amerikanische Bürger Karl Gräber hat als amerikanischer Consul für die Rheinprovinz und Westphalen die

Bestätigung der preussischen Regierung erhalten. Früher war sie im verjagt worden, weil nur preussische Bürger Consuln werden dürfen; davon ist man also abgegangen.

— In Spanien ist ein neues Ministerium ernannt, das wie jenes in Portugal fast aus lauter Soldaten besteht. Salamanca bleibt Finanzminister und das Cabinet ist den Plänen der Tuilerien abgeneigt. Narvaez soll auf seinen Posten nach Paris zurück.

— Aus Frankfurt berichtet die deutsche Zeitung über das Ergebnis der Bundesverhandlungen in Betreff der Presse: Der Antrag von Preußen, statt der Censur wirksamere Maßregeln einzuführen, scheiterte an dem Widerstande von Oesterreich, Hannover und Kurhessen, welche erklärten, sie könnten bei ihrer Art zu regieren die Censur nicht entbehren. Gegen einen andern Antrag, jedem Staate die Anordnungen in Betreff der Presse zu überlassen, erklärte sich auch Preußen. Die Sache bleibt also beim Alten; die Deutschen werden bald neben den Russen die einzigen sein, die sich noch der Censur fügen — so lange es hält.

— Der Gemeinderath von Düsseldorf hat den Klagen über ungleichmäßige Umlage der Einkommensteuer dadurch ein Ende gemacht, daß er der Gesamtheit der Steuerpflichtigen die Controle übertrug. Jedem Bürger ist ein gedrucktes Exemplar der Heberolle zugestellt worden. Nach der Prüfung der Angaben, welche der Gemeinderath vorgenommen hatte, waren die Ansätze der Reichen bedeutend erhöht, jene der minder Bemittelten ermäßigt worden und es hatte sich im Ganzen eine Vermehrung des steuerbaren Einkommens von 40,000 Thalern ergeben.

— General Orizotis, welcher, aus der Haft entflohen, auf Subda einen Aufstand gegen die griechische Regierung leitete, ist von General Grivas angegriffen und geschlagen worden. Orizotis wurde von einer Kanonenkugel tödtlich verwundet. — In Albanien haben die Aufständischen bei Berat und Argyrocastro von den türkischen Truppen Schläppen erlitten; in Syrien hat die Aushebung von Rekruten Anlaß zu Unruhen gegeben.

— In Berlin werden spanische Offiziere erwartet, um den Herbstübungen beizuwohnen und das preussische Heerwesen kennen zu lernen. General Graf Villa-Hermosa, der die Reise nach Berlin schon angetreten hat, soll zugleich die Anerkennung der Königin Isabella von Seiten des Königs von Preußen zu erlangen suchen. Die Interessen Preußens und Deutschlands sind ohnehin durch das bisherige Verhalten ihrer Diplomatie gegen Spanien vielfach verletzt, was auf dem vereinigten Landtage zu Berlin nachgewiesen wurde. Selbst der Papst hat die spanische Regierung anerkannt, wie er überhaupt das Ansehen der Kirche dadurch zu heben sucht, daß er sie von dem Einfluß des untergehenden Absolutismus los macht und dem constitutionellen Principe nähert.

— In Kassel ist der bisherige Minister des Innern, Koch, ausgetreten und hat die Stelle eines Geh. Kabinetstathes und Mitgliedes des Staatsministeriums erhalten, welche ganz neu ist. Das Ministerium des Innern ist Herrn Scheffer übertragen worden. Das Gerücht, als werde der in Darmstadt befechtigte Dr. Linde zu diesem Posten berufen, hat sich also nicht bestätigt.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.